Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 2 (1980)

Heft: 6

Rubrik: Meinung - Gegenmeinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MEINUNG — GEGENMEINUNG

Energiepolitik für die nächsten 50 Jahre

Der Bundestag wollte eine Entscheidungshilfe für die künftige Energiepolitik und setzte dazu eine Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" (aus 7 Abgeordneten und 8 von den Fraktionen benannten Sachverständigen) ein. Diese Kommission legte im April/Mai erste Ergebnisse vor (FR vom 19.4. und 22.5.) und erläuterte, sie habe versucht, *„das Spektrum der ernsthaft in Frage kommenden Energiesysteme in vier energiepolitischen Alternativen bis 2030 zu beschreiben"*. Diese sehen so aus:

1. Massiver Zubau von Kernkraftwerken;
2. mäßiger Zubau von Kernkraftwerken;
3. schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie (wobei alle KKW's bis zum Jahr 2000 aus dem Betrieb genommen werden);
4. „Sanfte" Energieversorgung, sofortige Abschaltung der KKW's.

Um zu einer Bewertung dieser vier Möglichkeiten zu kommen, führt die Kommission Rechnungen durch, denen dieselben Grundannahmen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, des Wirtschaftswachstums, des Lebenskomforts für die Verbraucher, der Struktur der Wirtschaft, des Ausmaßes des Energiesparens, der Technologien zur Primärumwandlung und der Art der verfügbaren Primärenergieträger zugrundeliegen.

Das Ergebnis dieser Rechnungen sind folgende Bewertungen bzw. Prognosen:

für 1.: *„ein relativ hohes Wirtschaftswachstum, mit dem die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und die soziale Sicherung relativ leicht zu erreichen sein würden."*

für 2. u. 3.: Das erreichbare Wirtschaftswachstum liege *„an der Untergrenze des politisch noch Vertretbaren"*.

für 4.: könne die *„Höhe des Wirtschaftswachstums nicht quantifiziert werden"*.

Zu 1. wird als *„relativer Vorteil"* angegeben, daß kein staatlich verordnetes Energiesparen stattfinden muß, und als Nachteile hohe Einfuhren von Erdöl, Erdgas, Kohle und Natururan (die jedoch finanzierbar seien), und das steigende Risiko eines Kernkraftunfalls wegen der viel größeren Zahl der KKW's.

Zu 2. und 3. wird ein Wirtschaftswachstum von zunächst 2 %, später 1,1 % errechnet; abgesehen von politischen Krisen im Zusammenhang mit den Ölmärkten sollten die benötigten Mengen an Öl, Gas und Kohle bei Alternative 2 auf dem Weltmarkt zur Verfügung stehen.

Zu 4. heißt es: Die *„Einschätzungen"* der Verfechter von Alternative 4 *„konnten von der Kommission nicht nachvollzogen werden"*. Die Wachstumsprognose sei *„eher qualitativ als quantitativ"*. Die ökonomischen Vorteile seien nicht belegbar, weil ein Großteil der dafür notwendigen Technologien heute noch nicht bekannt sei oder sich allenfalls im Experimentierstadium befinde.

Insgesamt schätzt die Kommission ihr Ergebnis so ein: Die Durchrechnung der vier Alternativen gibt ein Gefühl für die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns. –

Bei der Überprüfung dieser „Meinungen" fällt zunächst auf, daß der Bericht vieles übergeht und zu wenig unterscheidet: Bei der am positivsten dargestellten Möglichkeit 1. wird als Nachteil nicht vermerkt, daß dies den totalen Atom- und Überwachungsstaat mit sich brächte. 2. und 3. werden in der gleichen Rubrik *„politisch gerade noch vertretbar"* eingestuft, obwohl 2. eine Verstärkung der Kontroversen mit kritischen Bürgern und der betroffenen Bevölkerung mit sich brächte und 3. eine deutliche Spannungsverminderung, da 3. ja die – lange geforderte – Abkehr von der derzeitigen atomaren Politik wäre. Dieses mangelnde Unterscheidungsvermögen liegt wohl daran, daß als Haupt-Bewertungskriterium das Wirtschaftswachstum benutzt wird und andere – wichtigere – Kriterien wie Lebensqualität, Bürgerrechte, Identifikationsmöglichkeit mit dem Staat für möglichst viele etc. nicht miteinbezogen werden.

Das Kriterium Beschäftigungsquote wird nicht konsequent und sehr formal angewandt: Die Kommission behauptet von der Möglichkeit 1., sie brächte leicht die Vollbeschäftigung; das wird zwar so ohne weiteres kaum jemand glauben, aber sicher ist, daß viele der neu entstehenden Arbeitsplätze (im Uranbergbau, in KKW's, in Entsorgungsanlagen) sehr gesundheitsbedrohende Arbeitsplätze sein würden. Davon, daß bei der Umstellung auf alternative Energien (bei 3. und besonders bei 4.) viele neue und auch viele „humane" Arbeitsplätze entstehen würden, wird nichts gesagt.

Der schwerwiegendste Einwand ist, daß der Bericht so tut, als ob Öl, Erdgas und Uran – bei genügender Finanzkraft der BRD – auf dem Weltmarkt weiterhin in der gewünschten Menge zur Verfügung stehen, und eigentlich nur an die Bereitstellung von Strom denkt. Auf das Energieproblem in seiner vollen Breite, nämlich Bereitstellung aller benötigten Energien bei im Lauf der nächste Jahrzehnte allmählich versiegenden Uranlagern, Öl- und Gasquellen, gibt der Bericht keine Antwort. Mit umso weniger Berechtigung wird die Position der „sanften" Energieerzeugung – also die Möglichkeiten 4. und 3. (der Ausstieg aus der Kernenergie kann ja nur den Einstieg in die alternative Energieerzeugung bedeuten) – abgekanzelt, denn von dieser Seite her, zumindest für 3., liegt eine Energie-Gesamtkonzeption vor. Das Freiburger Öko-Institut veröffentlichte im Dezember '79 eine Studie, nach der ab dem Jahr 2025 eine Energieversorgung der BRD ohne Kernenergie, Erdöl und Erdgas möglich ist.

Insgesamt muß man feststellen, daß der Bericht keine Hilfe für die schwierige Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Energiepolitik darstellt. Darüberhinaus stellt er eine Irreführung der politischen Öffentlichkeit dar, indem er so tut, als ob in der Energiepolitik noch „alles drin" sei, einschließlich sanfter Weg, obwohl sich doch Regierung und Industrie längst abgesprochen haben, die Kernenergie-Nutzung weiter auszubauen. Das gilt's zu verhindern!

Walter Raleigh

Besorgt um die Umwelt . . .

Herr Dr. Eberhard Schwarz, mittelständischer Unternehmer und einer der Experten, der zum Chemikaliengesetz im Bundestag sprach, äußerte sich besorgt über die Auswirkungen von Umweltgesetzen. In der *Wirtschaftszeitung aktiv* (3/80), einer Art Wirtschafts-Bildzeitung bemängelte er:

„Mit dem Gesetz kommt ein erheblicher Verwaltungsaufwand auf uns zu, ohne daß die Sicherheit spürbar verbessert würde. Dieser Aufwand bereitet uns große Sorgen."

Besonders Klein- und Mittelbetriebe seien hart betroffen, da sie meist *„maßgeschneiderte"* Chemikalien in kleinen Mengen herstellten. Übersetzt soll das wohl heißen, daß diese Kleinbetriebe besonders schädliche Stoffe in so kleinen Mengen und Partien herstellen, daß Umweltschutzmaßnahmen zu teuer werden. Als am Umweltschutz Interessierter muß man es begrüßen, wenn trotz des Einspruches der mittelständischen Unternehmen diese kleinen Betriebe so stark kontrolliert werden sollen; weiß man doch, daß sich die großen Konzerne wie Hoechst, BASF, Bayer etc. kleine Firmen „halten", um ihnen die Dreckarbeit zu überlassen. Da dort kaum eine gewerkschaftliche Gegenwehr und selten ein Betriebsrat existiert, können die Beschäftigten und die Umwelt wesentlich höheren Gefahren ausgesetzt werden.

Nun ist aber da noch so ein Experte, der Herr Volkmar Volker, Mitglied im Verein technischer Immissionsschutzbeauftrager, der im Vergleich zu Herrn Schwarz genau das Gegenteil sagte. Und dies in einem seriösen Mittelstandblatt *der freie beruf*. Er schrieb zum fast gleichen Zeitpunkt: *„An dieser Stelle sollte nicht versäumt werden, lobend zu erwähnen, daß die meisten Gewerbeaufsichtsämter Flexibilität genug bewiesen haben, um die Betriebe nicht mit den Forderungen des Gesetzgebers zu erdrücken.“*

Als Unbeteiligter könnte einem der Hut hochgehen. Wer soll denn die Kontrolle ausüben, wenn die zuständigen Behörden so locker damit umgehen?

Erstaunlicherweise fand auch hier ein Unternehmer seine Lösung. Als die Beamten zu ihm kamen, trank er kurzerhand von den Abwässern seines Betriebes. Durch sein Überleben wollte er die Ungefährlichkeit der Abwässer beweisen!?! (*Wirtschaftszeitung aktiv* 3/80)

Da steckt mehr als Dummheit dahinter, mit solchen Tricks die Ungefährlichkeit eines Stoffes zu beweisen. Um des Profites willen werden wir verhöhnt und für dumm verkauft. Dem naiven Unternehmer sei sein „Trunk“ gegönnt, die Methoden der *Wirtschaftszeitung aktiv* müssen jedoch aufgedeckt werden!

Hartmut Weber

Umwelt-Dynamik in der DDR

Seit einiger Zeit hört und liest man wieder was in Sachen Umweltschutz in der DDR:

- die renommierte Literaturzeitschrift *Sinn und Form* veröffentlichte schon im letzten Herbst einen kontroversen Briefwechsel zwischen Günter Kunert (damals noch in der DDR) und dem Herausgeber Girnus über Kunerts These der „Symmetrie“ der Umweltprobleme in Ost und West;
- das *Forum*, FDJ-Zeitschrift für Studenten, warnte jüngst vor der Alternativbewegung in der DDR – und mußte damit eingestehen, daß sein kann, was nicht sein darf;
- der Kulturbund gründete inzwischen eine Umwelt**massenorganisation**, die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“;
- und in *Wissenschaft und Fortschritt* 3/80, der Zeitschrift der Akademie der Wissenschaften der DDR, trug Professor Mottek, der Leiter der Kommission für Umweltforschung, bemerkenswert kritische Überlegungen zur Umweltproblematik in der DDR vor.

Viel Öffentlichkeit für ein Thema, bei dem sich die DDR-Führung in den letzten Jahren immer mehr zurückgehalten hat. Das Bewußtsein für Umweltprobleme ist in der DDR-Bevölkerung zweifellos gewachsen. Sicher ist die Umweltschutzbewegung in Deutschland West auf Deutschland Ost nicht ohne Einfluß geblieben – entscheidend aber ist, daß die DDR Umweltprobleme hat, die dringend gelöst werden müssen.

Z. B. ist die **Luftverschmutzung** extrem, insbesondere durch die Verwendung der Braunkohle als Primärenergiebasis. Berechnungen aus der DDR besagen, daß eine 50-prozentige Senkung der Emission in stärker belasteten Gebieten die Sterberate um 4,5 % senken und die Lebenserwartung um rund vier Jahre erhöhen würde (Quelle: DDR-Handbuch, 1979, S. 1091).

Der **Braunkohlentagebau** führt außerdem zu erheblichen Problemen durch Grundentwässerung und landschaftliche Veränderungen.

Die **wasserwirtschaftliche Situation** der DDR ist sehr ungünstig. Da einem Gesamtverbrauch von fast 10 Mrd. m^3 derzeit nur rund 1000 m^3 Wasser je Kopf der Bevölkerung pro Jahr aus natürlichem Abfluß gegenüberstehen, muß das Wasser in industriellen Ballungsgebieten bis zu fünf Mal genutzt werden – Prost, Chemie!

Das Problem der **Kernkraftwerke** ist wegen der geringen Sicherheitsvorkehrungen der verwendeten sowjetischen Reaktoren Nowoworonesch-440 noch brennender als bei uns – eigentlich Wahnsinn, hier noch in Steigerungsformen zu reden.

Und die Reaktion der Partei- und Staatsführung? Philosophierte der *Sonntag*, die Wochenzeitung des Kulturbundes, vor einiger Zeit: *„Immer deutlicher tritt das Massenhafte, Dynamische im Verhältnis der Menschen zur Natur hervor, verlangt kulturpolitisch und methodologisch auch vom Kulturbund eine neue Qualität ...“* (*SONNTAG* 12/80, S. 3).

Wohl aus Angst, daß die unberechenbare Dynamik einer spontanen Umweltschutz- und Alternativbewegung neben der Ordnung des staatlichen Naturschutzes noch einiges andere durcheinanderbringen könnte, griff der Kulturbund in sein politisches Arsenal und holte die alte stumpfe Waffe der **Massenorganisation** in Form der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ hervor. Seit der Kulturbund auf die staatliche Politik festgelegt wurde, haben seine Massenorganisationen wenig Glück bei der Organisierung insbesondere jugendlicher „Massen“. Sollte das just bei den – ohnehin schon staatsverdrossenen – Umweltschützern anders sein? Zumal die neue Gesellschaft in ihrem Gründungsdokument wenig Problembewußtsein erkennen läßt und stattdessen (zu)viel von „ökonomisch effektiver“ Nutzung natürlicher Ressourcen und Erhöhung der „Produktivität unserer Kulturlandschaft“ spricht. Auch lassen die „Argumente“ von Girnus – immerhin ein hoher Kulturfunktionär – gegenüber Kunert kaum Hoffnung aufkommen, daß eine offene Diskussion der Umweltprobleme möglich sein könnte, und die Gesellschaft zu mehr als einem Sprachrohr staatlicher Leitlinien werden könnte. Gegen Kunerts Auffassung, daß sich die Umweltprobleme in Ost und West ähneln, hält Girnus eine kompromißlose Fortschrittspropaganda. Wenn man die liest, könnte man meinen, daß das Umweltproblem im Sozialismus – speziell in der Sowjetunion – im Prinzip gelöst ist. Wo es noch Probleme gibt, liegt das laut Girnus entweder daran, daß wegen *„weltpolitischer Gegensätze“* zwingend andere Prioritäten gesetzt werden müssen, oder an subalternen Dickköpfen und urinierenden Urlaubern, die sich nicht an die Gesetze halten. Im Übrigen sei vieles, was sich als Information über Umweltprobleme aufspielt, einfach der *„sensationssüchtigen Phantasie des Normalverbrauchers“* entsprungen. Und ehe man sich versieht, ist aus dem Umweltschützer ein Feind der Zivilisation und des Fortschritts geworden, dessen Weg feststeht: *„Kategorische Verweigerung der Möglichkeit des Fortschritts führt heutzutage folgerichtig in die faschistische Gaskammer.“*

Zum Glück werden die Dinge mitunter auch etwas nüchterner und realistischer gesehen. Prof. Mottek fordert in *Wissenschaft und Fortschritt* (3/80) die Gesellschaftswissenschaftler im Sozialismus auf, *„nicht so viel von der raschen Entwicklung des naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritts zu schwärmen, sondern auch seine Schwächen auf*[zu]*decken. Die Gesellschaftswissenschaftler müssen die naturwissenschaftlich-technischen Forschungen gerade auf den für die Sicherung der Lebensbedingungen so wichtigen Gebieten Umwelt und Naturressourcen, auf denen der Fortschritt gegenüber den Notwendigkeiten bisher weit zurückgeblieben ist, durch den Nachweis ihrer Dringlichkeit unterstützen.“* Und welche Möglichkeiten der Durchsetzung von Umweltschutz sieht Mottek? *„Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß der Umweltschutzaspekt bei ökonomischen Entscheidungen nur dann durchgesetzt werden kann, wenn auch die Verschlechterung bzw. Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen durch Umwelteinflüsse in einer ADÄQUATEN ÖKONOMISCHEN KATEGORIE abgebildet wird ...“* – offenbar läßt auch der reale Sozialismus keine anderen als ökonomische Kriterien gelten.

G. Vagt

die Tageszeitung

taz - journal no. 1

Ökologie

Am 17. April erscheint die Tageszeitung seit einem Jahr. Grund genug, uns und unseren Lesern ein kleines Geschenk zu machen: das erste taz - Journal mit dem Thema Ökologie.
Auf 192 Seiten die wichtigsten Ereignisse und Diskussionen aus der Ökologie und Anti-Atom-Bewegung seit März 1979; wichtige Artikel aus der taz und neue Beiträge - von bekannten Autoren und anonymen Leserbriefschreibern.
Rund 300 Fotos und Abbildungen. Für ganze 9 Mark und 80 Pfennig gibt es das taz - journal ab dem 17. April.

Wo gibt's das taz - journal?

1. Am Kiosk: in Hamburg, Hannover, Berlin, Braunschweig, Göttingen. In vielen anderen Städten in den Bahnhofsbuchhandlungen.

2. In allen guten Buchläden zu bestellen unter Prolit, Nr. 301 81

3. Direkt bei der Tageszeitung bestellen. Das funktioniert folgendermaßen: DM 10, 60 (Preis und 80 Pfennig Porto) auf das Postscheckkonto des Verlages „die Tageszeitung GmbH Frankfurt" einzahlen. PschA ffm, Nr. 100490-603. Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen.

☐ 1-Wochen Probeabo
(5,-DM Schein/Scheckbeiliegend)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

absenden an:

die Tageszeitung
Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65
Abt.: Probeabo

Anti-AKW weltweit

Bericht von der Vorbereitungskonferenz für eine weltweite Anti-Atom-Konferenz vom 20. - 22.6.80 in Amsterdam

Von WISE (World Information Service on Energy) und einigen amerikanischen AKW-Gegnern, die im vorigen Jahr die erste Gesamt-USA-Anti-AKW-Konferenz organisiert hatten, war zu einer Beratung über eine weltweite Konferenz eingeladen worden.

Die Konferenz begann mit Kurzberichten aus den einzelnen Ländern, wovon ich hier nur einige mir besonders interessant scheinende Punkte nennen will. (Es wurden schriftliche Berichte aus neun Ländern vorgelegt (englisch), die bei mir bestellt werden können.)

Die Südamerikaner berichteten nicht nur über die Pläne ihrer drei Länder, sondern auch über Pläne in Peru, Ecuador und Mexiko. In Mexiko sind zwei AKWs in Bau, vorwiegend mit militärischem Interesse; die anderen kleineren Länder haben bisher nur Forschungsreaktoren, davon einige direkt in militärischer Hand. Argentinien insbesondere unterstützt die Andenstaaten. Es gab eine erfolgreiche Kampagne in Kanada, den Export eines weiteren CANDU-Reaktors nach Argentinien zu verhindern, woran ganz wesentlich die kanadischen Gewerkschaften beteiligt waren. Der kanadische Gewerkschaftsvertreter, selbst von Haus aus Argentinier, war auch vor kurzem in der BRD, um entsprechende Aktivitäten des AKL zu initiieren, was die ganze Bewegung unterstützen sollte. Denn Argentinien beabsichtigt bekanntlich, weitere Reaktoren von Siemens/KWU zu beschaffen. Es handelt sich übrigens immer um Schwerwasserreaktoren, die Natururan verwenden und deshalb unabhängig von den Anreicherungsmonopolen sind. Auch gibt es eine „südatlantische Kooperation" mit Südafrika, vor allem in der Uranschürfung.

Von den Philippinen wurde die Groteske berichtet, daß ein AKW auf einem aktiven Vulkan steht, 8 km vom Krater entfernt. Es herrscht sehr starke Repression gegen AKW-Gegner, vor kurzem wurden zwei getötet und viele gefoltert; andere, so auch der anwesende Vertreter, sind im Exil und können nicht zurück.
Aus der Region teilte er mit, daß Südkorea und Taiwan besonders irre Pläne haben, 44 bzw. 13 Reaktoren im Jahr 2000. Indonesien, in Kooperation mit Italien, ist vergleichsweise bescheiden, sie wollen einen bis 1990 haben. Thailand und Malaysia dagegen haben beschlossen, keine AKWs zu bauen, aus Kostengründen.

Der Franzose teilte mit, daß die Errichtung von 5 - 6 Reaktoren pro Jahr geplant sei, daß vor allem Schnelle Brüter und WAAs exportiert werden sollen, daß aber die Verarbeitung von Leichtwasserreaktor-Brennelementen überhaupt nicht klappt.

Die Einladenden hatten sich eine weltweite Konferenz nach dem Muster der amerikanischen vorgestellt, die im vorigen Jahr zum ersten Mal die schon in Methode, Zielen, Zusammensetzung sehr verschiedenen Gruppen der gesamten USA zusammengeführt hatte.
Sie sollte ursprünglich schon im Herbst 1980, dann im Spätsommer 1981 stattfinden, etwa eine Woche dauern, und alle Aspekte des Kernbrennstoffkreislaufs behandeln, *„vom Bergbau bis hin zu Waffen und Atommüll-Lagerung"*. Außerdem sollten Erfahrungen über alle Formen des Widerstandes ausgetauscht werden(*„Gewerkschaften, Medien, Ziviler Ungehorsam, Demonstrationen, Petitionen, Abstimmungen, Geldbeschaffung"*).
Zur Überraschung vieler stieß dies – zunächst scheinbar so einleuchtende – Konzept auf ziemlichen Widerstand bei nahezu allen Vertretern der Dritten Welt. Der Chilene – selbst wegen seiner Opposition zur Junta aus einer Umweltschutzbehörde gefeuert – sagte etwa: *„Solange wir unsere Bewegung in Lateinamerika nicht selbst stabilisiert und mit eigenem Profil versehen haben, nehmen wir an keiner weltweiten Konferenz teil, da wir sonst von den Leuten aus der ersten Welt* [er meinte USA und Europa] *überrollt werden."*
Immer wieder kreiste die Diskussion um das Stichwort „Paternalism" („väterliche Bevormundung"), und daß dies der beherrschende Vorwurf an die entwickelten Länder sei, worunter allzuleicht auch die Anti-AKW-Bewegung fallen würde.

Der Argentinier schließlich, wie auch der Filipino, hoben hervor, was wir auch zu leicht vergessen, daß für Länder der Dritten Welt viele andere Probleme *„1000mal wichtiger"* als die Atomenergie sind.
Noch kontroverser wurde die Diskussion über die Verbindung von Atomenergie und Atomwaffen. Höhepunkt war ein Streitgespräch zwischen der Vertreterin der Konferenz der Blockfreien, die die Ansicht vertrat, die Atombombe in der Hand von Ländern der Dritten Welt würde einen Krieg zwischen den beiden Supermächten verhindert haben, und dem Japaner, der aus dem persönlichen Erleben von Hiroshima heraus argumentierte: *„Es gibt keine ‚Gute Bombe'."*
Während mir persönlich diese Gedankengänge ja nicht fremd waren, war auch ich überrascht über die Entschiedenheit, mit der sich vor allem die Südamerikaner gegen die Verbindung der Anti-AKW-Bewe-

gung mit der Antirepressionsbewegung wandten.
Wie die Dinge in ihren Ländern stehen, sagten sie, sei es für die Anti-AKW-Bewegung tödlich, wenn sie der allgemeinen politischen Repression mit unterliegen würde. Auch ein Gesichtspunkt, den man, meine ich, hinnehmen muß, und der noch einmal deutlich macht, daß die Schärfe der Repression und die Prioritäten der Probleme dort so sehr viel anders sind als bei uns.
Aus der Diskussion wurde deutlich, daß die hier angerissenen Fragen und Widersprüche auch zwischen den AKW-Gegnern der entwickelten Länder und der Dritten Welt zentrales Thema der weltweiten Konferenz sein müßten, an der trotz aller Probleme alle dennoch interessiert waren.
Zur Vorbereitung sollen zunächst regionale Konferenzen etwa bis Mai 1981 stattfinden.
Der Erdball wurde dabei eingeteilt in die folgenden Regionen:
Afrika, Lateinamerika, Pazifik, Südasien, Nordamerika, Europa südlich der Alpen, Europa nördlich der Alpen.
Die Konferenz selbst soll dann Ende 1981 stattfinden. Sie soll sich klar sowohl gegen Atomwaffen und Atomenergie richten.
Willkommen zur Teilnahme sind von Regierungen unabhängige Organisationen und Anti-Atom-Widerstandsgruppen.
Diskussionsbereiche sollen umfassen:
- Kerntechnik, einschließlich Kernwaffen
- Internationaler Handel mit Atomanlagen
- Alternativen sicherer Energie.

Betont wurde der vorläufige Charakter dieser Diskussionsbereiche.

Es wurde auch kein eigentlicher Vorbereitungsstab oder -ausschuß gebildet, sondern Kontaktadressen für die verschiedenen Regionen ausgetauscht.
Für das nördliche Europa ist das der Vertreter der österreichischen AKW-Gegner, der sich auch speziell um Informationen über und Kontakte in den Sowjetblock bemühen will:

Karl Baumgarten
IÖAG
Kahlgasse 9 - 11 - 2 - 11
A - 1210 Wien

Die weltweite Koordination wird von den Spaniern übernommen. Kontaktadressen für die BRD sind:

Inge Ammon
2051 Kröppelshagen
04 104 - 36 37
und
Jens Scheer
Lahnstr. 37
2800 Bremen
0421 - 50 58 84

Jens Scheer

Informationsdienst Verkehr

Was verbirgt sich dahinter?
Der Informationsdienst Verkehr ist ein kompaktes Informationssystem für die Bereiche: Verkehr, Stadtplanung, Landschaftsplanung und Umweltschutz. Der ID Verkehr besteht aus:

- einem umfangreichen Rundbrief mit Hinweisen für und von Bürgerinitiativen, Terminen, Vorstellung der Arbeit der Arbeitsgruppen des AK Verkehr, Beschreibung der bundesweiten Aktionen und der Zusammenarbeit der Verkehrsinitiativen und vielem mehr,
- der kontinuierlichen Fortsetzung der Quellen- und Materialsammlung (einer Literatur und Medienbeschreibung in Loseblatt-Ausgabe),
- der jeweils neuesten Grundinformation zu bestimmten Einzelthemen,
- Flugblätter der Verkehrsinitiativen.

Also schon wieder mal eine neue Umweltzeitung?
Nein! Der Arbeitskreis Verkehr (die Zusammenarbeit der Verkehrsinitiativen) besteht seit über zwei Jahren. Die Kontaktstelle hat die Koordination übernommen, und die dort einlaufenden Informationen sollen über den Informationsdienst wieder zurück in die Gruppen fließen. Es handelt sich also um ein eher internes Informationssystem für Aktive und besonders Interessierte.
Wenn der ID Verkehr für Insider gedacht ist, warum verweisen wir hier darauf?
Weil wir eben nicht wissen, wer sich alles dazuzählt.
Wer soll das alles regelmäßig lesen?
Der ID Verkehr erscheint nicht regelmäßig, sondern immer dann, wenn z.B. bundesweite Aktionen anstehen oder wichtige Informationen vorliegen.
Noch mehr Papier zum Abheften oder Ablegen?
Wir wollen damit die bundesweite Zusammenarbeit im zweitstärksten Umweltbereich aktivieren. Wir suchen keine Karteileichen-Abonnenten! Wer nicht mehr zum Lesen oder zur Reflektion der eigenen Arbeit kommt, sollte diese Papiere nicht anfordern.
Wer soll das alles bezahlen?
Der ID Verkehr wird so billig wie möglich hergestellt. Wir berechnen die Papier-, Druck- und Portokosten für jedes Exemplar und ziehen den Preis vom Abo-Betrag von 10,– DM ab. Die 10,– DM werden voraussichtlich für zwei Jahre reichen.

Bestellungen: 10,– überweisen auf das Jochen Richard Sonderkonto, 5100 Aachen, PSch A Kln 1587 18 – 503
Postanschrift: Arbeitskreis Verkehr, Cheruskerstraße 10, 1000 Berlin 62

demokrat
Zeitung demokratischer, antifaschistischer Lehrer/innen

Der „demokrat" analysiert

- Probleme der Gewerkschaften aus der Sicht derjenigen, die mit der Politik der Vorstände unzufrieden sind;
- die besorgniserregende politische Entwicklung in der BRD;
- wichtige Bereiche der Erziehung, vor allem der Schule;
- internationale Entwicklungen.

Im „demokrat" Nr. 16/80:

- Wer schützt Deutschland vor seiner Polizei?
- Hintergrundberichte aus fast allen GEW-Landesverbänden
- Ein bisher unveröffentlichter Beitrag von Joachim S. Hohmann „Der Mythos von der glücklichen Hand". Eine Analyse pädagogischer Materialien der Nachkriegszeit
- Die große Atom-Koalition
- Frauen zum Bund?
- Analyse des DGB-Aktionsprogrammes
- Die DGB-Vorstände greifen durch
- Türkische Kollegen über die Hintergründe der Türkei-Krise

Bestellabschnitt

AN DEMOKRAT Verlags-GmbH
Postfach 10 09 02, 3500 Kassel

- Ich bestelle „demokrat" Nr. 16/80 für DM 2,50 + –,50 Porto und überweise DM 3,–
- Ich aboniere den „demokrat" (6 Ausgaben = DM 12,– + DM 3,– Porto) und überweise DM 15,–

auf das Konto des DEMOKRAT Verlags Nr. 28 614 bei der Raiffeisenbank Kassel-Oberzwehren (BLZ 520 690 56)

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Unterschrift: _____

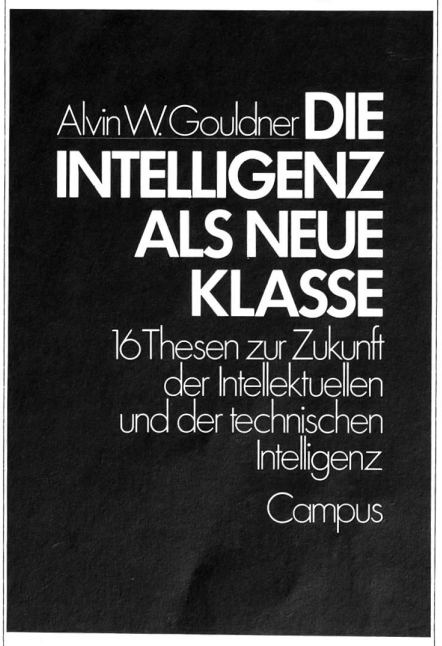
Kontakt über Graph Drukula, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Durchblick

zur Gegenwart der Zukunft

Aus dem Inhalt der Nr. 5:
Natur und Bauen-Bericht von einer ungewöhnlichen Tagung/Die Zukunft des biologischen Landbaus und anderer Alternativen/Das alternative Vorlesungsverzeichnis/Interview mit Jango Edwards/Die anarchistischen und taoistischen Wurzeln des Malers Antoni Tapies/Gedanken, die am Himmel stehn: Wolkenbetrachtungen mit den Augen Goethes, vom Cockpit aus/und vieles andere mehr.
Dazu: der Bücherblick – 16 A3-Seiten Literaturbeilage! U.a: War Hölderlin ein Indianer?/Wie gefährlich sind Gruhl und Harich für die Ökologie-Bewegung?/Die Wodka-Cola-Politik/usw.
74 Seiten A4+16 S. A3, reich illustriert (teils farbig), gegen Vorauszahlung von DM 7,- (incl. Porto) auf Postscheck Stgt. Nr. 1865 67-700.
Redaktion: Hermannstr. 19, 7000 Stuttgart 1.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung:



211 Seiten. DM 24,–
Campus Verlag
Schumannstr. 65, 6000 Frankfurt

Führt technischer Fortschritt zur Herrschaft der Technik?

Mit diesem Thema wurde eine Diskussionsveranstaltung am 3.6. in der Uni Hannover angekündigt, zu der die Hannoversche Gruppe der WW zusammen mit der Hochschulgruppe der GRÜNEN eingeladen hatte. Die Veranstaltung, deren Inhalt im folgenden kurz skizziert wird, ist ein Beispiel dafür, wie Regionalgruppen der WW aktiv werden können, um Techniker und Naturwissenschaftler in die Diskussion über politische Folgen der Technikentwicklung einzubeziehen. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Josef Weizenbaum (*Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*), Helmut Spitzley, Arbeitswissenschaftler und WW-Kontakt, Hannover), Rainer Trampert (Betriebsrat Texaco, Hamburg), Manuel Kiper (Biologe, Hannover) und J. Seifert (Politologe, Hannover).
Die Diskussion über die Bewertung technischer Entwicklungen, die zu Anfang der 70er Jahre zunächst mehr von Geisteswissenschaftlern geführt wurde, ist mittlerweile wesentlich praxisorientierter geworden. Auch von vielen Naturwissenschaftlern und Technikern wird der Gesellschaftsbezug des technischen Fortschritts, in der Form eines ambivalenten Verhältnisses von Technik und Gesellschaft, inzwischen akzeptiert. Zumindest ließ sich dieser Eindruck in der Publikumsdiskussion der Veranstaltung gewinnen. Widersprüchlich beurteilt wird allerdings die Frage, ob und inwieweit moderne Großtechnologien sich der menschlichen Steuerung durch eine Eigendynamik und Verselbständigung entziehen. Das beste Beispiel dafür ist wohl der „Atomkrieg aus Versehen", als Folge eines Computerfehlers. Oder können die Folgen der Technologie unabhängig von ihrem Entwicklungsstand immer nur vor dem Hintergrund direkter Herrschaftsinteressen gesehen werden?
Rainer Trampert z.B. hält nichts von einer Verteufelung oder Mystifizierung der Technik an sich, ohne die dahinterstehenden Unternehmerinteressen aufzudecken. Nach Seifert zeigt die Auffassung von der Eigendynamik der Technik einen eher konservativen Standpunkt, weil sie die Frage der Gesellschaftsform außer acht läßt. Für ihn sind die heutigen Probleme nur innerhalb einer die nationalen Grenzen überschreitenden Gesellschaft, jenseits des Kapitalismus, lösbar. Tatsächlich aber haben die Staaten des Realen Sozialismus bislang auch keine Möglichkeit gefunden, die negativen Folgen von Großtechnologien zu vermeiden.
Im Publikum war man dagegen der Meinung, daß es wenig hilft, wenn dieselben Technologien aus den Händen weniger in die Verantwortung vieler übergehen. Die Änderung allein der Kapitalverfügung kann einen einmal eingeschlagenen Weg nicht ohne weiteres revidieren. Sollte man sich stattdessen zu einer „gesunden Maschinenstürmerei" zusammenfinden?
Nach Helmut Spitzley ist es bei der Diskussion über mögliche zukünftige Entwicklungen unerläßlich nachzuprüfen, inwieweit Machtverhältnisse schon in bestehende Technologien eingelassen sind, so daß eine Verwendbarkeit auch im Sozialismus nicht mehr möglich ist, „Sackgassentechnologie". Zwar sind veränderte gesellschaftliche Verhältnisse eine notwendige Voraussetzung, nicht aber eine hinreichende Bedingung für eine humane Technologie. Sozialistische Staaten sollten sich von kapitalistischen gerade durch andere Wissenschafts- und Technikstrukturen unterscheiden.
Die Veranstaltung hat gezeigt, daß technikkritische Fragestellungen in allen Bereichen von Wissenschaft und Technikentwicklung durchaus vorhanden sind, so daß gemeinsame Diskussionen und Meinungsbildungen möglich und sinnvoll sein können.

Heinz Hülsheger

Das Orwellsche Jahrzehnt und die Zukunft der Wissenschaft

Nach mehr als 10 Jahren fanden am 23. und 24. Juni 1980 an der Freien Universität Berlin erstmalig wieder sogenannte Hochschultage statt. Unter dem Leitthema *Das Orwellsche Jahrzehnt und die Zukunft der Wissenschaft* diskutierten im Audimax Josef Weizenbaum (MIT Cambridge/Mass., z.Zt. Universität Hamburg) und Wilhelm Steinmüller (Universität Regensburg) über das Thema *Die Zukunft der Computertechnik*, Karl Heinz Beckurts (langjähriger Leiter der Kernforschungsanlage Jülich und Befürworter des Ausbaus der Kernenergie) mit Klaus Traube (z.Zt. TU Berlin) über *Die Zukunft der Nukleartechnologie* und in einer abschließenden Veranstaltung Herrmann Lübbe (konservativer Professor an der Universität Zürich), Claus Offe (vielen aus der Studentenbewegung noch bekannt, inzwischen Professor an der Universität Bielefeld) und Peter Glotz (Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin), „moderiert" von Eberhard Lämmert (Präsident der FU Berlin).

Neben diesen Großveranstaltungen gab es kleine Arbeitsgruppen, in denen diskutiert werden konnte. Hierunter war die Gruppe:

Warum noch Naturwissenschaften studieren: Über die politische Praxis von Naturwissenschaftlern und Technikern, die von Vertretern der WECHSELWIRKUNG (Harms, Hennings, Stange) geleitet wurde. Daß wir als Mitarbeiter in der Redaktion der Zeitschrift WECHSELWIRKUNG hier ein Forum mit bis zu 50 Teilnehmern fanden, auf dem wir unsere Erfahrungen zu diesem Thema mehr als drei Stunden mit vielen Studenten, mehreren Assistenten und einigen Professoren aus den verschiedensten natur-, ingenieur- und geisteswissenschaftlichen Bereichen von FU und TU Berlin in einer sehr solidarisch geführten Diskussion austauschen konnten, haben wir als Erfolg für die WECHSELWIRKUNG „gebucht" und sollte alle Freunde und Förderer unserer Zeitschrift zu ähnlichem Tun ermutigen.
Von den Veranstaltern ist geplant, die Hauptvorträge in Form einer Broschüre zu DM 7.00 im Westdeutschen Verlag (ehemalig Opladen, jetzt in Frankfurt) im Oktober herauszubringen.
Die Arbeitsgruppendiskussionen werden ebenfalls veröffentlicht, und zwar in der Dokumentationsreihe der FU Berlin (erhältlich bei der Presse- und Informationsstelle der FU, Altensteinstraße 40, 1000 Berlin 33).

Dirk Hennings

Wissenschaftsladen für Informationstechnologie

Im Anschluß an die Kasseler Tagung (Fortschritt der Computer – Computer für den Fortschritt) im Februar '80 haben wir es für notwendig gehalten, einen Wissenschaftsladen speziell zu dieser Thematik (Beratung von Betroffenen / Entwicklung von alternativen Anwendungen) einzurichten. Die Planungen sind mittlerweile im vollen Gang. Der Wissenschaftsladen soll zum Jahresbeginn 1981 in Hamburg eröffnet werden.
Interessenten an der Mitarbeit (Hochschullehrer, wiss. Mitarbeiter und Studenten der Fachrichtungen Informatik, Elektrotechnik, Nachrichtentechnik, Betriebs- und Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft – auch von anderen Unis/THs), Betroffene (Betriebsgruppen . . .) und andere Unterstützer einer solchen Einrichtung werden gebeten, sich bei

Brigitte Maschmann-Schulz (Stammestr. 40, 3000 Hannover 91) oder Thomas Barthel (Bodenstaffstr. 16, 5300 Bonn 2), Tel. 0228 / 34 48 19 oder 73 92 62

zu melden. Das Diskussions- und Informationsmaterial wird zugesandt.

Kollektiv geführtes Ingenieurbüro

Mein Freund Hermann und ich haben uns im Herbst '79 nach mehreren Berufsjahren dazu entschlossen, ein eigenes Büro zu eröffnen. Da wir beide Vermessungsingenieure sind, haben wir zum Einstieg auch damit begonnen. Da man leider in der Vermessung nicht alternativ vermessen kann, bleibt uns erstmal nur ein kollektiver Arbeitsstil übrig. Wir wollen aber noch gerne andere kritische Ingenieure und Techniker kennenlernen, die schon in einem kollektiv geführten Büro arbeiten oder noch wollen oder sich dafür interessieren.
Wir selbst denken vor allem an Forschung und Anwendung von Alternativtechnologie.
Wir würden uns riesig freuen, wenn sich Menschen bei uns melden, die Ähnliches vorhaben. Wir würden dann auch ein Treffen organisieren, wo wir uns kennenlernen könnten.

Kontakt:
Herbert Bohr **6497 Steinau-Ulmbach**
In der Wasserecke 8 **Tel.: 06667/1298**

Schafft die Schirmbildwagen ab!

„Die Medizin verursacht fünfzigmal mehr Strahlung als die Atomkraftwerke." Schlagzeilen dieser Art erscheinen immer häufiger in der bürgerlichen Presse, nicht etwa, um die unnötig hohe medizinische Strahlenbelastung zu kritisieren, sondern um den „lächerlichen" Effekt der Atomkraftwerke gering erscheinen zu lassen.
Dabei gibt es Möglichkeiten, diese Strahlenbelastung zu reduzieren und gleichzeitig auf eine Tuberkulosefrüherkennung nicht zu verzichten. Der Tuberkulin-Hauttest und eine im Bedarfsfalle angefertigte Röntgengroßaufnahme können die Strahlenbelastung um das Fünf- bis Zehnfache senken.
Eine Broschüre mit dem oben genannten Titel, verfaßt von Gerhard Fünfsinn und Klaus Giersiepen, beschreibt auf 20 Seiten sehr ausführlich die Entstehungsgeschichte der Schirmbildfotografie und den Wandel ihrer Rechtfertigung im Laufe der Zeit. Die Autoren legen genaue Berechnungen der Strahlenbelastung vor und zeigen die Alternativen auf. Eine Broschüre, die im Rahmen der Bestrebungen, jede unnötige Strahlenbelastung zu vermeiden, ein wirklich gutes Instrument darstellt.
Die Broschüre ist zu beziehen über:

Dr. med. Mabuse, Zeitung im Gesundheitswesen
Postfach 700 747, 6000 Frankfurt/Main 1
oder bei den lokalen Mabuse-Gruppen
Preis: 1,– DM plus Porto –,60 DM

Mike Cooley live

Mike Cooley
Architect or Bee? – The Human/Technology Relationship
Langley Technical Services, 1980, 104 S.

Der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Angestellten des britischen Rüstungsbetriebes Lucas Aerospace gegen Entlassungen und für die Produktion gesellschaftlich nützlicher Produkte, gegen kaputtmachende neue Technologien und für die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird auch außerhalb Englands verfolgt. Daß das so ist, daß auch deutsche Rüstungsarbeiter sich Anregungen bei den Lucas-Arbeitern holen, ist mit ein Erfolg der Aktivitäten von Mike Cooley, Konstrukteur bei Lucas. Ein Teil der bei diesen Aktivitäten entstandenen Reden, Diskussionsbeiträge, Veröffentlichungen usw. ist in diesem Buch zusammengefaßt. Nichts Neues also? Für mich schon. Das Buch enthält nämlich außer einer Darstellung des Corporate Plan (u. a. in WW Nr. 0 enthalten) weitere Beiträge zu den Auswirkungen neuer Technologien und zu Mensch-Maschine-Beziehungen (sein Artikel in WW Nr. 2 ist nur indirekt in seinen Argumenten enthalten). Einige Kapitelüberschriften sollen zeigen, mit welchen Themen sich Mike Cooley – manchmal sehr knapp – auseinandersetzt: *Die Mensch-Maschine-Beziehung / Politische Auswirkungen neuer Technologien / Könnten wir die Naturwissenschaften anders nutzen / Probleme für den Unternehmer.* Die Beispiele, mit denen Mike Cooley seine Argumentation untermauert, haben mir ebenso wie der unterschiedliche Stil der verschiedenen Abschnitte – bedingt durch die unterschiedlichen Anlässe für die Beiträge – das Lesen angenehm gemacht.
Das Buch kostet ca. 10 DM; die Überschüsse aus dem Verkauf werden für Projekte aus dem Corporate Plan verwendet.
Zu beziehen ist das Buch beim:
Alektor-Verlag
Kniebisstr. 29
7000 Stuttgart 1

K. B.